

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 11.11.2020
- 3 Vor- und Zwischenfinanzierung der Planungs- und Herstellungskosten der öffentlichen Wasserversorgungs-, Schmutzwasserbeseitigungs- und Niederschlagswasserbeseitigungsanlagen im Entwicklungsgebiet Kramprnitz
Vorlage: 20/SVV/1368
Oberbürgermeister, Planungsbüro
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 4.1 Ausschusszuständigkeitsordnung
Vorlage: 20/SVV/0514
Fraktionen
 - 4.2 Resolution an den Landtag Brandenburg zur Abschaffung der Erschließungsbeiträge
Vorlage: 20/SVV/1028
Ortsbeirat Groß Glienicke
zur Erledigung
 - 4.3 Bioabfallvergärungsanlage
Vorlage: 20/SVV/1137
Fraktionen DIE LINKE und Bündnis90/Die Grünen
 - 4.4 Berücksichtigung von Sportflächen bei der Stadtentwicklung
Vorlage: 20/SVV/1159
Fraktionen DIE LINKE und SPD
zur Erledigung
 - 4.5 Bargeldloses Bezahlen von Parktickets
Vorlage: 20/SVV/1274
Fraktion SPD
zur Erledigung
 - 4.6 Persönliche Ansprechpersonen im Infopoint des Bürgerservice
Vorlage: 20/SVV/1280
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke
zur Erledigung

- 4.7 Verschmelzung der POLO Beteiligungsgesellschaft mbH auf die ProPotsdam GmbH
Vorlage: 20/SVV/1188
Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement
- 4.8 Prüfung zum Förderverfahren Cultus UG
Vorlage: 20/SVV/1212
Fraktion AfD
- 4.9 Mitgliedschaft der Landeshauptstadt Potsdam im Historic Highlights of Germany e.V.
Vorlage: 20/SVV/1257
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation und Partizipation
- 5 Verständigung zur Einwohnerfragestunde
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
- 6.1 Wollestraße 52 - Sicherung als Gemeinschaftswohnprojekt, Ergebnis Prüfauftrag und weiteres Vorgehen zur Veräußerung
Vorlage: 20/SVV/1192
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadterneuerung
- 6.2 Geschäftsbericht 2019 der PMSG Potsdam Marketing und Service GmbH
Vorlage: 20/SVV/1370
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation und Partizipation
- 6.3 Touristischer Marketingplan 2021
Vorlage: 20/SVV/1371
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation und Partizipation
- 6.4 Bericht zur Umsetzung und Anpassung der Tourismuskonzeption 2025 der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 20/SVV/1373
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation und Partizipation
- 6.5 Aktuelle Situation Krampnitz
- 7 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 11.11.2020

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 14 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung schlägt er vor, den Tagesordnungspunkt 4.3 – Bioabfallvergärungsanlage, DS 20/SVV/1137 – **zurückzustellen**, da das Votum des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität noch nicht vorliegt. Herr Dr. Scharfenberg bedauert die fehlende Votierung des Fachausschusses, die aus seiner Sicht durchaus möglich gewesen wäre und plädiert für eine Behandlung. Der Oberbürgermeister bittet, bei dem üblichen Verfahren zu bleiben und das Votum des o.g. Ausschusses abzuwarten.

Abstimmung:

Die o.g. DS zurückzustellen, wird mit Stimmenmehrheit **bestätigt**, bei einigen Stimmenthaltungen.

Im Weiteren informiert er über die Bitte der Fraktion Bürgerbündnis, die Information über den Sachstand Kramnitz vor dem Tagesordnungspunkt 3 aufzurufen, da es einen sachlichen Zusammenhang gebe. Der Oberbürgermeister verweist auf die Anwesenheit von Herrn Kümmel, Planungsbüro, der für Rückfragen zur Verfügung stehe und plädiert für die Zustimmung.

Abstimmung:

Die Änderung der Reihenfolge, wird mit Stimmenmehrheit **bestätigt**, bei einer Stimmenthaltung.

Eine weitere Bitte, so der Oberbürgermeister, gebe es von der Fraktion AfD bezüglich des Tagesordnungspunktes 4.8 - Prüfung zum Förderverfahren Cultus UG, DS: 20/SVV/1212. Diese möge zurückgestellt werden, da kein Vertreter der Fraktion an der heutigen Sitzung teilnehmen könne.

Abstimmung:

Die o.g. DS zurückzustellen, wird mit Stimmenmehrheit **abgelehnt**.

Weiterhin liegen Anträge auf Rederecht des Stadtverordneten Menzel zu den Tagesordnungspunkten 3, 6.5 und 4.2 vor.

Gegen die vom Oberbürgermeister vorgeschlagene Einzelabstimmung der Anträge erhebt sich kein Widerspruch.

Abstimmung:

Dem Antrag auf Rederecht zum Tagesordnungspunkt 3 wird mit Stimmenmehrheit **zugestimmt**.

Abstimmung:

Dem Antrag auf Rederecht zum Tagesordnungspunkt 6.5 wird mit Stimmenmehrheit **zugestimmt**.

Abstimmung:

Der Antrag auf Rederecht zum Tagesordnungspunkt 4.2 wird mit Stimmenmehrheit **abgelehnt**.

Die so geänderte Tagesordnung des öffentlichen Teils wird mit 14 Ja-Stimmen, bei zwei Stimmenthaltungen **bestätigt**.

Zur Niederschrift der 29. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 11.11.2020 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit Stimmenmehrheit, bei einigen Stimmenthaltungen **bestätigt**.

zu 6.5 Aktuelle Situation Krampnitz

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, Herr Rubelt, beantwortet die ihm von der Fraktion CDU vorliegenden Fragen zum Vorhaben Krampnitz sowie die Nachfragen der Hauptausschussmitglieder. Herr Rubelt verweist auf die Debatte zu „Krampnitz“ in mehreren Gremien, zuletzt in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes sowie auf die seit dem 16.08.2020 geschaffene neue Projektstruktur, in der er gemeinsam mit Frau Eltrop, EWP, und Herrn Nicke, Pro Potsdam, agiere. Ebenso verweist er auf die vereinbarten Statusberichte, von denen zwei bereits vorgelegt wurden und der dritte in der Hauptausschusssitzung am 09.12.2020 vorliegen werde.

Zum Fortgang des Projektes informiert er an Hand der definierten Zielstellungen über den derzeitigen Sachstand und geht im Weiteren u. a. auf Fragen der Bauleitplanung und des Städtebaus, die verkehrliche Erschließung und der Sicherung der Grundstücksflächen für die Trassenführung, Kriterien der Stellplatzvergabe, die Luft- und Schadstoffanalyse, Frage zum Baurecht sowie der fehlenden Genehmigung des Landes, das Volumen der Bebauung, die Auswirkungen auf die umliegenden Ortsteile und die Kommunikationsstrukturen ein.

Der Oberbürgermeister stellt klar, dass entsprechend seiner bereits vor einem Jahr getätigten Festlegung, eine Entwicklungsperspektive für 10.000 Einwohner erst dann besteht, wenn die Straßenbahnanbindung realisiert werden kann. Die Entwicklung sei bis dahin zunächst mit einer Perspektive von 5.000 Einwohnenden zu führen.

Im Rahmen seines Rederechts betont Herr Menzel, dass er das Projekt nicht verhindern, aber kritisch begleiten wolle. Im Weiteren erläutert er aus seiner Sicht bestehende Probleme und mögliche Änderungen.

Frau Reimers betont, dass die hier genannten Fragestellungen in den Fachausschüssen schon lange besprochen worden seien und bittet um einen Austausch dazu in den Fraktionen.

Der Oberbürgermeister schließt daran an und führt aus, dass sehr viel über die Auswirkungen des Wohnens in Krampnitz diskutiert werde. Dabei sollten die positiven Auswirkungen auf die nördlichen Ortsteile nicht vernachlässigt werden, die von der entstehenden Infrastruktur mit Schulen, Einkaufsmöglichkeiten usw. partizipieren. Die dafür nötigen Flächen fehlen in den einzelnen Ortsteilen, stehe aber in Krampnitz zur Verfügung – das werde die Ortsteile miteinander verbinden.

zu 3 Vor- und Zwischenfinanzierung der Planungs- und Herstellungskosten der öffentlichen Wasserversorgungs-, Schmutzwasserbeseitigungs- und Niederschlagswasserbeseitigungsanlagen im Entwicklungsgebiet Krampnitz

Vorlage: 20/SVV/1368

Oberbürgermeister, Planungsbüro

Eingangs erhält Herr Menzel das Rederecht und verweist in diesem Rahmen auf seine, zu dieser Beschlussvorlage eingereichten Änderungen/Ergänzungen. Der Oberbürgermeister macht ihn darauf aufmerksam, dass er für den Hauptausschuss passives Teilnahmerecht habe, was eine Antragstellung ausschliesse und verweist auf die entsprechenden Regelungen im § 30 BbgKVerf.

Anschließend bringt Herr Kümmel, Planungsbüro, die Vorlage ein.

Der Hauptausschuss beschließt:

- 1. Die Entwicklungsträger Potsdam GmbH wird ermächtigt, auf der Grundlage des § 4 Abs. 3 lit. c) der Entwicklungsträgerbeauftragung aus dem Treuhandvermögen die Kosten des 1. bis 3. Bauabschnitts der Planungs- und Herstellungskosten der öffentlichen Wasserversorgungs-, Schmutzwasserbeseitigungs- und Niederschlagswasserbeseitigungsanlagen im Entwicklungsgebiet Krampnitz der Landeshauptstadt Potsdam vorzufinanzieren.**
- 2. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, mit der Energie und Wasser Potsdam GmbH auf der Grundlage des Ver- und Entsorgungsvertrages eine Zwischenfinanzierungsvereinbarung für die Planungs- und Herstellungskosten der öffentlichen Wasserversorgungs-, Schmutzwasserbeseitigungs- und Niederschlagswasser-beseitigungsanlagen des 1. bis 3. Bauabschnitts sowie der Planungsleistungen des 4. bis 13. Bauabschnitts im Entwicklungsgebiet Krampnitz abzuschließen.**

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	13
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	3

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Ausschusszuständigkeitsordnung

Vorlage: 20/SVV/0514

Fraktionen

Eingangs verweist der Oberbürgermeister auf die aus den Fachausschüssen vorgeschlagenen Änderungen;

Der Rechnungsprüfungsausschuss empfiehlt folgende Ergänzung im

§ 5 – Hauptausschuss:

Ziffer 5

- ...
- **Angelegenheiten nach Haushaltssatzung, insbesondere über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen, bei Dringlichkeit auch ohne Vorberatung im Ausschuss für Finanzen.“**

§ 9 – Ausschuss für Finanzen

Spiegelstrich 3 soll gestrichen werden:

- ...
- ~~erhebliche über- und außerplanmäßige Ausgaben gemäß Haushaltssatzung,~~

Der Ausschuss für Kultur empfiehlt folgende Änderungen im

§ 10 Ausschuss für Kultur

Der Ausschuss ist zuständig für:

- **Alle** Angelegenheiten des kulturellen Lebens **und der Kulturpolitik** der Stadt ~~von erheblicher Bedeutung,~~
- Beschlussvorlagen der Stadtverordnetenversammlung, die das **künstlerische und** kulturelle Leben betreffen, **alle Angelegenheiten der Träger der Kultur, der Soziokultur und der Kulturgesellschaft der Stadt**
- Angelegenheiten freier Träger der Kultur und der Kulturgesellschaft der Stadt,
- **Angelegenheiten zur Erweiterung oder Einschränkung von Kulturangeboten sowie von Standorten und Förderprogrammen,**
- **Belange der Kultur- und Kreativwirtschaft,**
- **Angelegenheiten der kulturellen Bildung**
- Benennung von Straßen und öffentlichen Plätzen.
- **Erinnerungs- und Gedenkkultur**
- Jugendsoziokultur
- **Fortschreibung der kulturellen Leitlinien**

Der Ausschuss wird durch die Verwaltung informiert über wichtige Angelegenheiten:

- **bei der Besetzungsverfahren von Leitungspositionen,**
- **bei Juryverfahren,**
- **der Gedenktafelkommission und**
- **bei wirtschaftlichen Belangen der Träger.**

Abstimmungsergebnis

Die von den o.g. Ausschüssen empfohlenen Änderungen und Ergänzungen werden mit

15 Ja-Stimmen **angenommen**,
bei einer Stimmenthaltung.

Der so geänderte Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Ausschusszuständigkeitsordnung als Anlage zur Geschäftsordnung (gemäß

Anlage 1)

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 4.2 **Resolution an den Landtag Brandenburg zur Abschaffung der Erschließungsbeiträge**
Vorlage: 20/SVV/1028
Ortsbeirat Groß Glienicke
zur Erledigung

Zu diesem Antrag besteht kein Redebedarf, so dass dieser zur Abstimmung gestellt wird:

Beschlussvorschlag:
Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam fordert den Landtag Brandenburg auf, von der Möglichkeit Gebrauch zu machen, das Recht der Erschließungsbeiträge (§§ 127-135 BauGB) unter Anwendung der durch Art. 125a Abs. 1 GG gegebenen Möglichkeit durch Landesrecht zu ersetzen. In der sodann zu schaffenden landesgesetzlichen Bestimmung soll geregelt werden, dass Beiträge für die erstmalige Herstellung von dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen, Wegen und Plätzen nicht erhoben werden.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit abgelehnt,
bei einigen Stimmenthaltungen.

zu 4.3 **Bioabfallvergärungsanlage**
Vorlage: 20/SVV/1137
Fraktionen DIE LINKE und Bündnis90/Die Grünen

Zurückstellen – fehlt das Votum des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität.

zu 4.4 **Berücksichtigung von Sportflächen bei der Stadtentwicklung**
Vorlage: 20/SVV/1159
Fraktionen DIE LINKE und SPD
zur Erledigung

Auf eine Einbringung des Antrags wird verzichtet, Redebedarf besteht nicht, so dass dieser in der vorliegenden Fassung zur Abstimmung gestellt wird:

Der Hauptausschuss beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den im Sportentwicklungsplan ermittelten langfristigen Bedarf an Sporteinrichtungen, insbesondere an wettkampffähigen Sportplätzen und -hallen, in die integrierte Kita- und Schulentwicklungsplanung aufzunehmen und kontinuierlich fortzuschreiben. Soweit erforderlich, sind für die zukünftige bauliche Umsetzung durch Änderungen des FNP und Einleitung von B-Planverfahren

die planungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Bei der Entwicklung neuer Quartiere sind entsprechende Vorhalteflächen auszuweisen und Finanzierungen zu sichern. Mögliche Konflikte mit Anwohnern und Trägern öffentlicher Belange sind vorausschauend zu identifizieren und durch geeignete Maßnahmen möglichst zu vermeiden.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im Februar 2021 zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	15
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 4.5 Bargeldloses Bezahlen von Parktickets

Vorlage: 20/SVV/1274

Fraktion SPD
zur Erledigung

Auf eine Einbringung des Antrags wird verzichtet. Auf Bitte von Herrn Teuteberg nimmt Herr Rubelt zu dem vorliegenden Beschlussvorschlag Stellung und betont, dass sich die Verwaltung eine weitere Prüfung im Sinne der Weiterentwicklung der Maßnahme vorstellen könne.

Der Hauptausschuss beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob und wie Parktickets an neu aufgestellten Parkautomaten auch bargeldlos durch Kartenzahlung bezahlt werden können. Dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität ist im 1. Quartal 2021 zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen,
bei einigen Stimmenthaltungen.

zu 4.6 Persönliche Ansprechpersonen im Infopoint des Bürgerservice

Vorlage: 20/SVV/1280

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke
zur Erledigung

Auf eine Einbringung des Antrags wird verzichtet und dieser zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Wiedereröffnung des Infopunktes am Bürgerservice mit persönlicher Ansprechperson und regelmäßigen Öffnungszeiten zu veranlassen.

Dabei ist die angemessene Sicherheit durch Beachtung der pandemiebedingten Anforderungen an die Sicherheit von Mitarbeiter*innen und Bürger*innen zu gewährleisten, d.h. durch Schutzscheiben ggf. mit Wechselsprech-Membranen und Durchreichen.

Dem Hauptausschuss ist im November 2020 Bericht zu erstatten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 15
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

zu 4.7 Verschmelzung der POLO Beteiligungsgesellschaft mbH auf die ProPotsdam GmbH

Vorlage: 20/SVV/1188

Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement

Der Oberbürgermeister erläutert den vorliegenden Beschlussvorschlag. Da kein Redebedarf besteht, wird dieser zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die POLO Beteiligungsgesellschaft mbH wird rückwirkend zum 01.01.2020 auf ihre 100%ige Muttergesellschaft, die ProPotsdam GmbH, verschmolzen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 14
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 2

zu 4.8 Prüfung zum Förderverfahren Cultus UG

Vorlage: 20/SVV/1212

Fraktion AfD

Zu diesem Antrag besteht kein Redebedarf; er wird zur Abstimmung gestellt:

Beschlussvorschlag:

Das Rechnungsprüfungsamt erhält nach § 101 Absatz Satz 2 BbgKVerf den Prüfungsauftrag, das Verwaltungshandeln und die Förderverfahren an die „Cultus UG“ zu untersuchen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 0
Ablehnung: 14
Stimmenthaltung: 2

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, diesen Antrag **abzulehnen**.

zu 4.9 Mitgliedschaft der Landeshauptstadt Potsdam im Historic Highlights of Germany e.V.

Vorlage: 20/SVV/1257

Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation und Partizipation

Herr Linke führt zu dem vorliegenden Beschlussvorschlag aus, dass Potsdam diese Mitgliedschaft nicht nötig habe und er darin nur eine neue Ebene der Vernetzung sehe, die nicht gebraucht und keinen Nutzen bringen werde.

Herr Jetschmanegg entgegnet, dass es um den Austausch der Erkenntnisse zur Vermarktung historischer Innenstädte gehe. Herr Friederich schließt sich dem Redebeitrag an und unterstützt den Vorschlag, sich mit anderen Städten und deren Umgang mit der Thematik auszutauschen. Im Weiteren schließen sich Frau Armbruster für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Herr Teuteberg für die Fraktion der Freien Demokraten dem Vorschlag an und signalisieren ihre Zustimmung.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen: möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam wird ordentliches Mitglied des Historic Highlights of Germany e.V..

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	14
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	0

zu 5 Verständigung zur Einwohnerfragestunde

Unter Verweis auf die Verabredung in der letzten Hauptausschusssitzung, betont der Oberbürgermeister, dass die eingereichten 5 Fragekomplexe schriftlich beantwortet werden und, so Herr Heuer, es in der Januarsitzung der Stadtverordnetenversammlung die Möglichkeit geben werde, eventuelle Rückfragen zu stellen.

zu 6 Mitteilungen der Verwaltung

zu 6.1 Wollstraße 52 - Sicherung als Gemeinschaftswohnprojekt, Ergebnis Prüfauftrag und weiteres Vorgehen zur Veräußerung

Vorlage: 20/SVV/1192

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadterneuerung

Herr Goetzmann, Fachbereichsleiter Stadtplanung, beantwortet die Nachfragen bzgl. des Treuhandvermögens, der Erbbaupacht und der Ausschreibungsbedingungen – zum Teil im nicht öffentlichen Teil der Sitzung.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 6.2 Geschäftsbericht 2019 der PMSG Potsdam Marketing und Service GmbH

Vorlage: 20/SVV/1370

Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation und Partizipation

Gegen den Vorschlag des Oberbürgermeisters, die Tagesordnungspunkte 6.2 – 6.4 gemeinsam aufzurufen erhebt sich kein Widerspruch.

Anschließend erläutert Herr Jetschmanegg die Mitteilungsvorlagen und sichert zu, die Fragen von Frau Armbruster bezüglich des nachhaltigen Wassertourismus, der aus ihrer Sicht gänzlich fehle, mitzunehmen.

An diese kritischen Anmerkungen schließt sich Herr Linke an. Die unter 1.3 – Wassersportler – enthaltenen Maßnahmen sehen ziemlich „dünn“ aus und hätten mit nachhaltigem Tourismus nichts zu tun.

Auf die Fragen bzw. Anmerkungen von Herrn Teuteberg und Herrn Friederich zur Entwicklung eines neuen Logos bzw. einer Marke Potsdam entgegnet Herr Jetschmanegg, dass die Logoentwicklung in Kooperation mit der Fachhochschule als eines von mehreren Themen im Prozess sei. Nächstes Jahr werde sicher über Fortschritte zu berichten sein; die Pandemiesituation habe sich auch hierbei ausgewirkt.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 6.3 Touristischer Marketingplan 2021

Vorlage: 20/SVV/1371

Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation und Partizipation

siehe Tagesordnungspunkt 6.2

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 6.4 Bericht zur Umsetzung und Anpassung der Tourismuskonzeption 2025 der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 20/SVV/1373

Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation und Partizipation

siehe Tagesordnungspunkt 6.2

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 7 Sonstiges

Herr Dr. Scharfenberg schlägt unter Verweis auf die zahlreichen Anträge aus den Ortsbeiräten zur „Verbesserung der Zusammenarbeit mit der Verwaltung“ vor, diese Themen separat in einer Hauptausschusssitzung unter Teilnahme der Ortsvorsteher zu behandeln. Er meine, das sei dem Gegenstand der Beratung angemessen.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass die Einladung der Ortsvorsteher schon in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zugesagt worden sei. Er sehe hierzu die Möglichkeit, entweder eine Hauptausschusssitzung allein dafür zu reservieren oder die Themen in einer Sondersitzung des Hauptausschusses zu beraten. Er bittet die Fraktionen über diese beiden Varianten nachzudenken.

Weiterhin fragt Herr Dr. Scharfenberg nach der Wohnraumzweckentfremdungsverordnung, die für die Dezembersitzung der Stadtverordnetenversammlung angekündigt worden war, auf der Tagesordnung aber fehle.

Die Beigeordnete für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit, Frau Meier, entgegnet, dass diese zur Sitzung am 25.01.2020 vorgelegt und die

Veranstaltung mit dem Bündnis für Wohnen davon unabhängig vorbereitet werde. Sie verweist auf die derzeitige Pandemielage und darauf, dass die Priorisierung der Arbeitsaufgaben „zu Ungunsten“ dieser Verordnung ausgefallen sei.

Der Oberbürgermeister erinnert an seine Ausführungen in der letzten Sitzung des Hauptausschusses zur Aufgabenumverteilung im Geschäftsbereich von Frau Meier und die Ankündigung auch kurzfristig Entscheidungen zur Mitarbeiterbindung treffen zu müssen. Tatsache ist, dass Mitarbeitende ihre bisherigen Aufgaben nicht weiter erfüllen können, wenn sie anderweitig gebunden sind. Er räumt ein, dass es anderer Formen der Kommunikation bedarf, um diese Entscheidungen transparent zu machen. Hauptaugenmerk liege derzeit aber auf der Bekämpfung der Pandemie.

Frau Dr. Müller betont, dass der politische Raum Informationen über Arbeitsstände und Zeitschienen benötige, um gemeinsam politisch arbeiten zu können. Herr Dr. Scharfenberg fügt hinzu, dass diese Verordnung seit einem Jahr zugesagt worden sei; er nehme den jetzt angekündigten Termin zur Kenntnis und hoffe auf dessen Einhaltung.

Pause von 18:57 – 19:03 Uhr